

Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung am Montag, den 31. August 2020

Stabsbereich Landrat

Schulwettbewerb Smarte Schule - Klasse Ideen

Nach dem Aufruf des Rheingau-Taunus-Kreises, am Schulwettbewerb „Smarte Schule – Klasse Ideen“ teilzunehmen, sind zehn Wettbewerbsbeiträge mit Digitalisierungsideen oder schon durchgeführten digitalen Projekten an Schulen eingegangen. Davon stammen sechs Beiträge von Lehrern, vier Beiträge wurden von Schülern eingesandt.

Die Wettbewerbsbeiträge sind auf www.zusammen-zukunft.de eingestellt. Bis zum 6. September 2020 können dort alle Einwohner des Rheingau-Taunus-Kreises darüber abstimmen, welche Wettbewerbsbeiträge einen Preis erhalten sollen.

Am 23. September 2020, ab 19:00 Uhr, wird die Preisverleihung stattfinden, die live auf www.zusammen-zukunft.de übertragen wird. Die Schüler können Sachpreise wie I-Pads, Bluetooth-Boxen o.ä. und 1.000 Euro für ein Digitalisierungsprojekt an ihrer Schule gewinnen. Für den besten Beitrag eines Lehrers wurden 750 Euro für ein Digitalisierungsprojekt an der Schule ausgelobt.

Mobilitätskonzept

Die Bearbeitung des Mobilitätskonzeptes befindet sich in der letzten Phase. Derzeit werden die Maßnahmen ausgearbeitet. Zu den Maßnahmen im Busverkehr wurden Koordinierungsgespräche mit der RTV geführt, die vor der nächsten Bündelausschreibung im Linienverkehr steht.

Das Maßnahmenpaket wurde am 25. August 2020 der internen Lenkungsgruppe der Kreisverwaltung vorgestellt. Am 1. September 2020 wird die Arbeitsgruppe der kreisangehörigen Kommunen die in das Mobilitätskonzept aufzunehmenden Maßnahmen erörtern. Im Dialogforum am 3. September 2020 werden die Maßnahmen mit den sektoralen Akteuren wie Hessen Mobil diskutiert.

Im Rahmen einer Online-Befragung soll ermittelt werden, welche Maßnahmen im Bereich Verkehr und Mobilität für die Einwohner des Rheingau-Taunus-Kreises höchste Priorität haben. Im Lenkungskreis Bürgerbeteiligung am 3. September 2020 werden die Inhalte und die Struktur der Bürgerbefragung mit den Lenkungskreismitgliedern abgestimmt. Die Befragung soll dann Mitte September auf www.zusammen-zukunft.de beginnen.

Mobilfunkmessungen

Die detaillierten Auswertungen für unsere 17 Städte und Gemeinden und den Landkreis liegen vor und werden gegenwärtig gesichtet. Anschließend werden die Ergebnisberichte an die 17 Städte und Gemeinden im Kreisgebiet zur weiteren Verwendung weitergeleitet.

Breitbandausbau – Informationen auf der Homepage des Rheingau-Taunus-Kreises

Unter <https://www.rheingau-taunus.de/kreisentwicklung/breitbandausbau> stehen Informationen zum Breitbandausbau und Förderprojekt bereit. Eine Bildergalerie befindet sich im Aufbau.

Gigabit-Region

Beratungsleistungen zur Gigabitgesellschaft im Rheingau-Taunus-Kreis „Strategieentwicklung, Digitalisierung und flächendeckender FttB/H-Ausbau als Phase 3 des Ausbauprojektes zur Gigabit-Region Rheingau-Taunus“: Das Ausschreibungsverfahren ist abgeschlossen und der Auftrag wurde an den TÜV Rheinland Consulting GmbH vergeben. Das Honorar beträgt 33.480,00 Euro netto.

Ultrahernet

Im Rahmen der ersten Beteiligungsrunde im Rahmen der Bundesfachplanung Ultrahernet wurden zahlreiche Verschwenkungsvorschläge für Niedernhausen, Idstein und Hünstetten von den Kommunen, von Bürgerinitiativen und vom Rheingau-Taunus-Kreis an die Bundesnetzagentur gerichtet. Diese wurden dann von Amprion geprüft und mehrheitlich abgelehnt.

Zu dieser Prüfung von Amprion werden nun die Träger öffentlicher Belange (u. a. Rheingau-Taunus-Kreis) und die Öffentlichkeit beteiligt. Bis zum 2. November 2020 können Stellungnahmen abgegeben werden. Die Unterlagen zur Beteiligung sind unter www.netzausbau.de/beteiligung2-d einzusehen. In der nächsten Woche tagt die kreisübergreifende AG Ultrahernet, die aus den Kreisen Rheingau-Taunus und Main-Taunus sowie aus den Städten und Gemeinden Hünstetten, Idstein, Niedernhausen, Eppstein, Hochheim und Hofheim besteht, und bespricht die weitere gemeinsame Vorgehensweise im Beteiligungsverfahren.

Rheinbrücke zwischen Bingen und Rüdesheim

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz hat im Juni 2020 auf Nachfrage über den Sachstand der Untersuchung zur Durchsetzbarkeit einer Rheinbrücke informiert:

Der Auftrag zur Aktualisierung der Natura 2000-Gutachten wurde nach einer Ortsbesichtigung und Festlegung des Leistungsumfangs im September 2019 an ein fachkundiges Ingenieurbüro vergeben. Zusätzlich hat der Landesbetrieb Mobilität Worms aktuelle ornithologische Daten vom NABU-Naturschutzzentrum Rheinauen erworben, die nun vom beauftragten Büro ausgewertet werden. Ebenso erfolgt derzeit eine Biotopkartierung.

Anschließend werden im nächsten Arbeitsschritt die zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse in der Umweltverträglichkeitsstudie sowie eine rechtliche Einschätzung zur Durchsetzbarkeit der Brückenvarianten beauftragt.

Die Fertigstellung der Machbarkeitsuntersuchung ist für Ende 2020/Anfang 2021 geplant.

Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zur Aufrechterhaltung von Verkehrsleistungen im Fährverkehr im Rahmen der Corona-Virus-Pandemie

Mit Anträgen vom 4. und 17. Juni 2020 hat der Rheingau-Taunus-Kreis beim Hessischen Ministerium der Finanzen die Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum teilweisen Ausgleich der durch die Corona-Virus-Pandemie im Bereich der Fährbetriebe „Rheinfähre Maul GmbH“, „Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schifffahrtsgesellschaft eG“ und „Fährbetrieb Schnaas GmbH“ entstandenen Liquiditätseingänge für die Monate April und Mai 2020 beantragt.

Die Zuweisung wurde vom HMdF in Höhe von 25,00 Euro je tatsächlich geleisteter Fährbetriebsstunde für die Monate April und Mai 2020 gewährt, um die Aufrechterhaltung des Fähr-

betriebes während der Corona-Virus-Pandemie sicherzustellen. Die Zuwendung erfolgte damit in gleicher Höhe, wie sie auch vom Land Rheinland-Pfalz vorgenommen wurde.

Der zuweisungsfähige Betrag wurde wie folgt festgesetzt:

„Rheinfähre Maul GmbH“ 16.825,00 Euro; „Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schifffahrtsgesellschaft eG“ 28.637,50 Euro; „Fährbetrieb Schnaas GmbH“ 12.218,75 Euro (gesamt 57.681,25 Euro).

Die gesamte Abwicklung erfolgte durch die Wirtschaftsförderung des Kreises. Der Zuwendungsbescheid wird hiermit nach § 29 Abs. 3 HKO dem Kreistag bekanntgegeben (siehe Anlage III).

CityBahn – Bericht des Dezernenten Günter F. Döring

Der Termin für den Bürgerentscheid ist auf den 1. November 2020 festgelegt.

In einer Auftaktveranstaltung des Landrates Kilian mit OB Mende und OB Ebling am 19. August 2020 begann mit einer Pressekonferenz eindrucksvoll die Informationskampagne zur CityBahn, die ein breites, positives Medienecho erfuhr.

Die Informationskampagne wird mit vielfältigen Aktivitäten und Aktionen fortgesetzt.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist zu unterstützen, denn ein negativer Ausgang einer Bürgerentscheidung zur CityBahn würde die Entwicklung des RTK, insbesondere der kreisangehörigen Städte Taunusstein und Bad Schwalbach, um mindestens drei Jahre zurückwerfen. Deshalb finden in Bad Schwalbach am 8. Oktober 2020 eine Informationsveranstaltung und am 21. Oktober 2020 in Taunusstein eine Bürgerversammlung statt.

Seitens der Bürgerinitiativen gegen die CityBahn wurden in Wiesbaden Banner aufgehängt, auf denen kommunalpolitische CityBahn-Befürworter persönlich angegriffen wurden. Diese Aktion wurde in der Öffentlichkeit durchweg als beleidigend wahrgenommen.

Sowohl in Wiesbaden als auch auf dem Aartalbahntrasse-Abschnitt gehen die Arbeiten weiter. Zum Grundstücksankauf der Aartalbahntrasse durch den RTK von der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz bis zur Kreisgrenze (Eiserne Hand) haben sich wegen einer GVFG-Förderung Landrat Kilian und Verkehrsdezernent Döring an den Hess. Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir gewandt. An der Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Aartalbahntrasse zwischen Bad Schwalbach und Diez wird weitergearbeitet.

Öffentlicher Personennahverkehr – Bericht des Dezernenten Günter F. Döring

Die Corona-Krise hat den ÖPNV vor große Herausforderungen gestellt, die von RTV und den beauftragten Verkehrsunternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervorragend gemeistert wurden.

Für den RTK waren durchschnittlich 128.000 Euro Mindereinnahmen für die Monate März bis Juni zu verzeichnen. Ab Juli wurden die Busse mit Trennscheiben für das Fahrpersonal (Kosten: 60.000 Euro) ausgestattet, die einen Fahrkartenverkauf ermöglichen. Daher fiel die Mindereinnahme im Juli auf 71.033 Euro mit weiterhin fallender Tendenz.

Seitens des Bundes/Land sollen die Mindereinnahmen mit einem bundesweiten 2,5 Mrd. Euro-Programm weitgehend kompensiert werden.

Sichtbare Sicherheit: In den Bussen besteht Maskenpflicht, deren Einhaltung nach einer Verordnung des Landes von den lokalen Ordnungsbehörden kontrolliert werden muss. Hier besteht ein großes Defizit, auf die Berichterstattung in den Medien wird verwiesen. Seitens RTV ist geplant, mit der Polizei und einer Ordnungsbehörde Kontrollaktionen durchzuführen, bei denen auch die Fahrscheine kontrolliert werden.

Schulbusbetrieb: Zwischenzeitlich findet an allen Schulen wieder Unterricht statt und der Busbetrieb wird normal „gefahren“. Mit den Schulen steht die RTV in Verbindung, um auf ihre Belange schnell reagieren zu können. Es wird unbürokratisch gehandelt, und hier bewährt sich das Schulamt des RTK als verlässlicher Partner.

Nach einer Abfrage des Schulamtes vor den Ferien fahren zusätzliche Busse zur zweiten Stunde vier Schulen im Kreis an. Kritisiert wird, dass Schülerinnen und Schüler „wie Ölsardinen“ transportiert würden. In einer Verordnung des Landes ist dekretiert, dass im Bus und Bahn-Linienerverkehr die Abstandsregel nicht gilt. Im RTK gibt es keinen freigestellten Schülerverkehr, so dass alle Schülerinnen und Schüler mit Linienbussen fahren. Landrat Kilian hatte sich deshalb bereits an den Landkreistag mit der Bitte gewandt, bei der Landesregierung eine Problemlösung zu erhalten. Der Landkreistag ist tätig geworden, die Antwort der Landesregierung steht noch aus. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass Buskapazitäten auf den Linien nicht zur Verfügung stehen, sondern zusätzliche Busse, z.B. Reisebusse, gefunden werden müssen. Es wird erwartet, dass diese zusätzlichen Busse vom Land finanziert werden, denn ansonsten müssten die Kommunen des RTK via Schulumlage ihren Beitrag leisten. Zu Schulbeginn wurde von der RTV an die neuen Schülerinnen und Schüler Flyer „Busfahren macht Spaß“ mit Tipps zum Busfahren verteilt. Die Aktion wird fortgesetzt.

Künftige Finanzierung RTV und damit ÖPNV: In einer Strategiesitzung der Gesellschafterversammlung der RTV am 9. Juli 2020 wurde festgestellt, dass das derzeitige ÖPNV-Angebot im RTK mit den gegenwärtig zur Verfügung gestellten Kreismitteln nicht mehr finanzierbar ist, z.B. aufgrund von Tarifierhöhungen. Auch um die Forderungen aus dem Mobilitätskonzept des RTK umsetzen zu können, muss die Defizitabdeckung für den RTV erheblich aufgestockt werden. Es sollte über einen separaten, zweckgebundenen, anteiligen Mobilitäts-Beitrag in der Kreisumlage nachgedacht werden, denn der RTK handelt für die Kommunen. Auch müsste das Land bei der Bedeutung des ÖPNV seine Zuwendungen für den Betrieb erheblich erhöhen. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel lautet die Alternative: Erhebliche Einsparungen auf allen Linien.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (GF)

Thema „Häusliche Gewalt“: Der Caritasverband Wiesbaden Rheingau-Taunus e.V. bietet seit dem 1. August 2020 eine Onlineberatung für von Gewalt betroffene Frauen an. Ermöglicht wurde dies u.a. durch die Förderung im Rahmen der kommunalisierten Landesmittel. Für den Ausbau der Versorgungsstrukturen im Bereich „Häusliche Gewalt“ werden auch weiterhin Bundes- und Landesmittel genutzt.

Die Hochschule Rhein-Main führt im Rheingau-Taunus-Kreis vom 1. August 2020 bis 31. Juli 2024 das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Aufs Spiel setzen: Neue Wege der Prävention und Hilfe bei Gewalt in Partnerschaften im ländlichen Raum (AusWege)“ durch. Das Auftaktgespräch dazu findet am 20. Oktober 2020 statt.

Am 31. August 2020 findet der Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ statt. In den Herbstferien wird der Bad Schwalbacher Sportclub Wingtsun im Auftrag des FD Migration in Kooperation mit GF für alle in den Unterkünften des RTKs wohnenden Mädchen ab 12 Jahren einen Selbstbehauptungsworkshop anbieten.

Controlling

Stand der aktuellen Projekte der Kommunalen Wohnbaugesellschaft (kwb):

Stand der aktuellen Projekte August 2020								
VE	Standort	Anzahl WE	Bau genehmigung	Bauleistung ausgeschrieben	Bauausführung begonnen	Fertigstellung Hochbau	Fertigstellung Außenanlagen	Erstbezug
310	Am Metzengraben Idstein-Wörsdorf	10 Stück			11 / 2018	100%	70%	09 / 2020
309	Hahner Mitte Taunusstein-Hahn	57 Stück			03 / 2020	10%	0%	06 / 2022
313	Gottfried-Keller-Straße Taunusstein-Hahn	72 Stück			03 / 2020	10%	0%	12 / 2021
312	Wiesbadener Straße Heidenrod-Laufenselden	14 Stück			01 / 2019	90%	0%	01 / 2021
312	Rathausstraße Aarbergen-Kettenbach	9 Stück			04 / 2019	100%	100%	05 / 2020

In Bearbeitung befindlicher Berichts Antrag

Zum Berichts Antrag Nr. 04/20 der FDP-Fraktion vom 8. Januar 2020 „Fördermittel und Controlling“ hat die Stabsstelle Controlling und Beteiligungen die Kreisgesellschaften um Auskunft gebeten. Die Beiträge der Kreisgesellschaften für die Beantwortung des Berichts antrags liegen mittlerweile weitgehend vor.

Die Ermittlungen im Bereich der Kreisverwaltung, die Beantwortung der Frage nach einem Fördermittelcontrolling und die Frage nach der gemeinsamen Beteiligung von Kommunen an Förderprogrammen sind derzeit noch nicht abgeschlossen und werden vom FD Organisation und Zentrale Dienste schnellstmöglich ermittelt. Eine abschließende Beantwortung des Berichts antrags durch die Verwaltung ist für die nächste Sitzung des Kreistags vorgesehen.

Projekte, Maßnahmen und Fördermittelakquise Integrationsstrategie

Aus Mitteln der Integrationsstrategie sind seit ihrer Implementierung zahlreiche kleinere und größere Projektvorhaben unterschiedlicher Ausrichtung und diverser Akteure gefördert worden. Weiterentwicklungen und erforderliche Anpassungsprozesse oder die Initiierung neuer Projekte, die sich an inhaltlichen, themenbezogenen und zielgruppenorientierten Bedarfslagen ausrichten, finden statt.

Insbesondere bei größeren Projektvorhaben bedarf es neben der Förderung aus Mitteln der Integrationsstrategie weiterer finanzieller Unterstützung. An dieser Stelle sollen nachfolgend einige Beispiele mit zusätzlichen Fördergebern benannt werden:

Handlungsfeld „Arbeit und Beruf“, Integrationsstrategie, Schwerpunkt „Integration“

In das Projekt „Kompetenzfeststellung und Berufswegeplanung“ für geflüchtete Frauen mit einem Durchlauf von bisher 148 Teilnehmerinnen (Stand: August 2020) sind Fördermittel der Stiftung Citoyen in Höhe von 200.000,00 Euro eingeflossen.

Das Modellprojekt „Frauen kommen an – Mentoring/Jobcoaching von geflüchteten Frauen zur Integration in Ausbildung und Arbeit“ wurde mit Finanzierung durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, die Stiftung Citoyen und den Rheingau-Taunus-Kreis ermöglicht. Das Projekt ist über den Zeitraum 2018 - 2021 angelegt und umfasst ein Volumen von insgesamt 210.000,00 Euro. Des Weiteren wurden in diesem Zusammenhang Mittel der Gölkel Stiftung (Frankfurt) sowohl für einen Projektfilm im Jahr 2018 als auch für die Einrichtung eines Computerkurses und die Beschaffung von Hardware eingeworben. Weitere Unterstützung erfolgte durch die Stiftung Crespo Foundation aus Frankfurt. Insgesamt belief sich der zusätzliche Betrag auf eine Summe von 17.500,00 Euro.

Handlungsfeld „Bildung und Kultur“, Integrationsstrategie, Schwerpunkte „Integration“ und „Prävention“

Im Schuljahr 2020/2021 wird „Das Fliegende Künstlerzimmer“ für ein Jahr an der Limeschule in Idstein gastieren. Als anerkannte „Schule gegen Rassismus – Schule für Courage“ stellt sie das Thema „Demokratie“ in den Mittelpunkt der Arbeit mit einer dafür ausgewählten Künstlerin. Mit Schülerinnen und Schülern werden Projekte der kulturellen Bildung ausgearbeitet und umgesetzt. Unterrichtsmodelle zur nachhaltigen Förderung der kulturellen Bildung sollen entwickelt werden.

„Das fliegende Künstlerzimmer“ ist ein Projekt der Stiftung Crespo Foundation aus Frankfurt in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium sowie dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und steht unter dem Motto „Menschen stark machen“. Insgesamt fließen Mittel in Höhe von 392.000,00 Euro ein. Die Umsetzung des Projektes wurde durch den Fachdienst I.7 Schulen, Sport, Hochbau und Liegenschaften bedeutend unterstützt.

Für das Arbeitsfeld „Schule und Prävention“ wurde eine Unterrichtsreihe mit dem Titel „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ entwickelt. Mit finanzieller Förderung der Gölkel Stiftung in Höhe von insgesamt 60.000,00 Euro soll die Durchführung in Mittel- und Oberstufen interessierter Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises im Zeitraum 2020 - 2022 stattfinden. In die Konzeptionierung und Umsetzung ist das Anne-Frank-Bildungszentrum aus Frankfurt am Main maßgeblich eingebunden.

Sprachkursangebot

Bereits vor den hessischen Schulferien konnten die Deutschkurse wieder aufgenommen werden, weitere folgten bis Ende August 2020. Da nicht alle zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten die Hygiene- und Abstandsbedingungen erfüllen, wurde und wird weiter nach Ersatz gesucht.

Die Kinderbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) kann wieder starten. Ein geplantes Leseprojekt mit Kindern der GU Taunusstein in der Stadtbücherei Taunusstein steht auf Warteposition, da dort ein längerer Aufenthalt noch nicht wieder erlaubt ist.

Im April 2020 wurde mit der Online-Schaltung der Webseite „Integration im Rheingau-Taunus-Kreis“ (<https://www.integration-rtk.de>) der Zugang zu Informationen für zugewanderte Menschen verbessert. Die Seite konnte direkt genutzt werden, um die Zielgruppe über Wichtiges zu der „Corona-Pandemie“ und über eingerichtete Sonderdienste zu informieren.

Gebündelt finden sich auf der Seite Informationen zu vielen alltagsrelevanten Themenbereichen wie z. B. Gesundheit, Beschäftigung, Wohnen und Finanzen. Umfangreiche Quellenverweise zu mehrsprachigen Arbeitsmaterialien und weiterführenden Informationsportalen unterstützen sowohl Professionelle in der Sozialen Arbeit als auch ehrenamtliches Engagement im Bereich der Flüchtlings - und Integrationshilfe.

In Kooperation mit dem Naturpark Rhein-Taunus wurde das Projekt „Natur gemeinsam erleben“ mit vier Terminen (Juli – August 2020) unter reger Beteiligung in Taunusstein und Heidenrod-Kemel angeboten.

Gesundheitsanliegen geflüchteter Menschen

Für interne und externe Mitarbeiter sozialer Dienste, die im Rahmen ihrer Fallarbeit mit geflüchteten Menschen arbeiten, wurde am 19. August 2020 die eintägige Fortbildung zu dem weiterhin brisanten Thema „Inner Safety - Flucht und Trauma“ angeboten.

Mit Beginn der Corona-Lockerungen konnten Informations- und Aufklärungsveranstaltungen (mit dem Fokus „Gesundheit“) für die Bewohnerschaft der Gemeinschaftsunterkünfte wieder sukzessiv umgesetzt werden.

Online und mit Präsenzterminen wurde ein regelmäßiger Gesundheitstreff für Frauen in der Flüchtlingsunterkunft in Niedernhausen etabliert. Die Teilnehmerinnen konnten somit auch während einer verhängten Quarantäne erreicht und begleitet werden.

In Vorbereitung befinden sich Gesundheitstage für die beiden Gemeinschaftsunterkünfte in Niedernhausen. Im Mittelpunkt stehen Informationsangebote zu Gesundheitsthemen wie z. B. Süchte, Frauen- und Kindergesundheit sowie erlebnisorientierte Mitmachaktionen.

Qualifizierung Laiendolmetscher

Mit einer dreitägigen Basisqualifizierung wurden im Rheingau-Taunus-Kreis die ersten elf ehrenamtlichen Laiendolmetscher für ihren Einsatz in den Kommunen Taunusstein und Eltville trainiert. Mit dieser vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration geförderten Maßnahme wird dem bestehenden Dolmetsch-Bedarf in sozialen Einrichtungen wie KiTas, Schulen und Beratungsstellen begegnet.

Für die Kommunen Aarbergen und Idstein ist eine zweite Qualifizierung in Vorbereitung. Die Koordination des Laiendolmetscher-Einsatzes findet unmittelbar durch die beteiligten Kommunen statt.

Wettbewerb „Qualifizierung syrischer Geflüchteter in der deutschen Kommunalverwaltung“

Erfolgreich hat sich der Rheingau-Taunus-Kreis an dem Wettbewerb „Qualifizierung syrischer Geflüchteter in der deutschen Kommunalverwaltung“ beteiligt. Die Maßnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zielt auf die Einbindung von zwei Halbjahrespraktikanten in verschiedene Arbeitsbereiche der Kreisverwaltung ab. Intention des Projektes ist, dass die beiden Praktikanten gewonnenes Wissen und Erfahrung in den Wiederaufbau des Herkunftslandes einbringen, sobald die Bedingungen in Syrien dies ermöglichen.

Interkulturelle Woche 2020

Das Programm zur Interkulturellen Woche 2020 im Rheingau-Taunus-Kreis liegt vor. Unter dem Motto „Zusammen leben, zusammen wachsen“ finden vielfältige Veranstaltungen in Rheingau und Untertaunus statt. Im Rahmen eines Empfanges am 22. September 2020, zu dem Corona-bedingt persönliche Einladungen erfolgen, würdigt der Landrat Aktionen und Initiativen im Sinne „Besonderes Engagement in besonderen Zeiten“.

Das Programm kann von der Homepage des Rheingau-Taunus-Kreises unter www.rheingau-taunus.de heruntergeladen werden und liegt in den Kommunen an unterschiedlichen Stellen aus.

Fachbereich I – Zentrale Steuerung

Liquiditätsstand per 28. August 2020

Der Rheingau-Taunus-Kreis verfügt per 28. August 2020, 10:00 Uhr, über Kontoguthaben in Höhe von 13.550.582 Euro. Darin sind die vorgeschriebene Mindestliquiditätsreserve von rd. 5,8 Mio. Euro und eine Geldanlage für den Sonderposten zum Ausgleich der Schulumlage in Höhe von rd. 2,34 Mio. Euro enthalten. Es bestehen Mittelbindungen, für die noch keine Zahlungen erfolgt sind. Kassenkredite werden aktuell nicht in Anspruch genommen.

Auf das Schreiben des HMdF vom 21. August 2020 zur Beendigung des Kommunalen Schutzschirms Hessen (Anlage II) wird hingewiesen.

Ausstattung mit Defibrillatoren

Bezüglich der Ausstattung der Schulgebäude und Sporthallen mit Defibrillatoren findet aktuell eine Abfrage bei den Schulen statt, wo bereits Defibrillatoren vorhanden sind. In der Vergangenheit haben vereinzelte Schulen bereits Geräte über Sponsoring bzw. als Spende erhalten. Grundsätzlich ist jeweils ein Gerät pro Schule und Sporthalle vorgesehen. Nach Vorlage des Abfrageergebnisses wird die benötigte Anzahl ausgeschrieben. Ein Sponsoring für alle Schulen ist wegen der größeren Anzahl von rd. 80 Geräten nicht zu realisieren. Ziel ist es, die Beschaffung bis Ende des Jahres abzuschließen.

Für die Verwaltungsgebäude sollen die Defibrillatoren über Sponsoring angeschafft werden, nach Auskunft von FD I.2 läuft die Werbepartnersuche noch und man ist zuversichtlich, die Beschaffung ebenfalls bis Ende des Jahres abschließen zu können.

Erfahrungsbericht zur Behördennummer 115

Der Rheingau-Taunus-Kreis nimmt seit dem 1. November 2019 an dem Service „Behördennummer 115“ über das Service-Center in Ludwigshafen teil.

Auf die Behördennummer 115 wird u. a. auf dem Anrufbeantworter der Kreisverwaltung sowie auf „Beachflags“ an den Eingängen jeweils eines Verwaltungsgebäudes in Bad Schwalbach, in Rüdesheim am Rhein und in Idstein hingewiesen.

Wenn die Fragen der Bürger nicht direkt vom Service-Center beantwortet werden können oder wenn eine Weitervermittlung durch das Service-Center nicht möglich war, erhält der Rheingau-Taunus-Kreis eine entsprechende Nachricht per E-Mail vom Servicecenter in Ludwigshafen. Innerhalb von 24 Stunden sollen die Anfragen beantwortet werden.

Im Durchschnitt kommt ca. eine Anfrage pro Woche per E-Mail mit Kontaktdaten der Anfragenden vom Service-Center in Ludwigshafen bei der Kreisverwaltung im Fachdienst Organisation und Zentrale Dienste an. Diese Anfragen werden unverzüglich an die zuständigen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung weitergeleitet und sollen dann innerhalb von 24 Stunden beantwortet werden. Im Zeitraum November 2019 bis März 2020 wurde das Servicecenter in Ludwigshafen ca. 60 Mal pro Monat kontaktiert. Ab April 2020 bis Juli 2020 nahmen die Anrufe im Servicecenter deutlich auf ca. 350 Anrufe pro Monat zu (Corona).

Personalmanagement

Nachdem Mitte Mai wieder mit der Durchführung von Stellenbesetzungsverfahren begonnen wurde, finden nunmehr vermehrt Einstellungen statt und die neu geschaffenen Stellen aus dem Stellenplan 2020 werden sukzessiv besetzt.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen vom 30. Juni 2019 zum 30. Juni 2020:

	Stichtag 30.06.2019	Stichtag 30.06.2020
Beschäftigte RTK	752	770
Beschäftigte EAW	59	62
Beschäftigte gesamt	811	832
Auszubildende, Praktikanten*innen	18	13
Beamte*innen RTK	56	53
Anwärter*innen RTK	2	2
Beamte EAW	1	1
Beamte*innen u. An- wärter*innen gesamt	59	56
Gesamt	888	901

Stellenbesetzung laut Stellenplan 30. Juni 2019 und 30. Juni 2020 (ohne Stellen in den Vorbemerkungen)

	30.06.2019	30.06.2020
Stellen	698,10	729,46
VZÄ	641,66	660,57

Aufgrund der Corona-bedingten Schutzstandards sowie der Raumproblematik gestalten sich die Stellenbesetzungsverfahren sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Durchführung wesentlich aufwendiger und nehmen mehr Zeit in Anspruch.

Personalgewinnung sowie -fluktuation im Fachdienst Gesundheitsverwaltung binden nach wie vor im Fachdienst Personalmanagement erhebliche personelle Kapazitäten. Zudem ist eine Mitarbeiterin zeitweise beim Bürgertelefon sowie eine Mitarbeiterin in der Schnellen-Hilfe-Truppe für das Gesundheitsamt tätig, was fachdienstintern zu kompensieren ist. Nach den Erfahrungen während des „Lockdowns“ ist die Anzahl der Anträge auf Teleheimarbeit rapide angestiegen.

Unter Federführung des Personalrates wurde gemeinsam in kürzester Zeit eine neue Dienstvereinbarung Homeoffice erarbeitet, die zwischenzeitlich bereits unterzeichnet wurde. Dadurch wird u. a. einem größeren Personenkreis der Zugang ermöglicht. Verbunden damit ist die Hoffnung, dass Arbeitsplätze geteilt und somit eine punktuelle Entspannung bei der Raumsituation erreicht wird.

Die Rückholung der freigestellten Risikogruppenangehörigen an den Arbeitsplatz in der Dienststelle in Kooperation mit dem betriebsärztlichen Dienst ist bis auf wenige Ausnahmen umgesetzt.

Die erste Auszahlung des Leistungsentgelts auf der Basis der bestehenden Dienstvereinbarung im Wege der systematischen Leistungsbewertung ist erfolgt. Die betriebliche Kommission evaluiert die Erfahrungen und wird die gewonnenen Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Dienstvereinbarung heranziehen.

Aktuell beschäftigt die Frage der Abwicklung noch vorhandener Urlaubskontingente und Zeitguthaben der Beschäftigten das Leitungsteam.

Die Einstellung der neuen Auszubildenden ist wie geplant erfolgt. Im August haben drei Personen ihre Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten begonnen sowie eine Person die fachpraktische Ausbildung im Rahmen des Fachoberschulbesuchs.

Fachbereich II – Leistungsverwaltung

Modellprojekt zur Ergänzung der bestehenden Pflegeberatung

Das Land Hessen hat die Förderung von Modellprojekten zur Ergänzung der bestehenden Pflegeberatung um ein individuelles Case-Management und den Ausbau der Vernetzung in einem oder mehreren Pflegestützpunkten beschlossen. Unter anderem soll dieses Beratungsangebot individuelle Fallanalysen durchführen und die Hilfesuchenden bei allen Schritten der Organisation notwendiger pflegerischer Versorgungsmaßnahmen begleiten. Mit den Modellprojekten soll geprüft werden, wie Pflegebedürftigen und deren Angehörigen noch mehr Unterstützung zukommen kann. Finanziell stehen für die Modellprojekte Mittel des Landes in Höhe von 150.000,00 Euro zur Verfügung. Angedacht sind seitens des HMSI drei Modellprojekte, so dass jedes Projekt jährlich mit 50.000,00 Euro für die Dauer von drei Jahren unterstützt werden kann.

Der Rheingau-Taunus-Kreis wird eine Förderung des Landes bekommen und ein Modellprojekt initiieren. Momentan ist der FD II.1 Soziales im Gespräch mit dem Ministerium zur Klärung der Rahmenbedingungen des Förderantrages. Start des Modellprojektes wird noch in diesem Jahr sein.

Arbeitsmarktsituation

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis liegt im Juli 2020 mit 4,8 Prozent weiterhin unter der landesweiten Quote von 5,9 Prozent.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie bilden sich in der Steigerung der Arbeitslosenquote und einer Zunahme der Bedarfsgemeinschaften ab. Im März 2020 betreute das Kommunale Job Center 4.203 Bedarfsgemeinschaften mit 8.783 Personen, im April 2020 bereits 4.376 Bedarfsgemeinschaften mit 9.077 Personen und im Juli 2020 4.715 Bedarfsgemeinschaften mit 9.727 Personen. Die Anzahl der eingehenden Neuanträge ist weiterhin hoch.

Die Lockerungen der Corona-Maßnahmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, beispielsweise in der Gastronomie oder dem Friseurgewerbe, haben die Steigerung der Arbeitslosenquote und der Bedarfsgemeinschaften verlangsamt. Personen konnten ihre selbstständige Tätigkeit oder Beschäftigung in vom „Lockdown“ vollständig geschlossenen Wirtschaftszweigen wiederaufnehmen und damit auf SGB II-Leistungen verzichten. Gleichzeitig beantragten aber Arbeitnehmer in Kurzarbeit SGB II-Leistungen zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, um den Lebensunterhalt sicherstellen zu können.

Solange sich die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht kompensieren, ist eine Erholung der Zahlen nicht absehbar.

Projekt zur Extremismusprävention und zur Unterstützung der Integration in Gemeinschaftsunterkünften

Mitte August startete das Projekt „Integration schaffen durch Lernen und Erleben im Rheingau-Taunus-Kreis“ von Rumi Impuls e.V. in den Gemeinschaftsunterkünften des Kreises. Es handelt sich dabei um ein Projekt zur Extremismusprävention und Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch Aufklärung mit Schwerpunkt auf politischer und sozialer Bildung.

Das Projekt beschäftigt sich mit den vier Themengebieten: Demokratische Werte, Gleichberechtigung (Freundschaft, Liebe und Sexualität in einer gleichberechtigten Vielfaltsgesell-

schaft), Ethik und Religion (Leben in einer Vielfaltsgesellschaft mit Toleranz, Partizipation und Religiosität) sowie Flora und Fauna (Sensibilisierung für Natur und Umwelt).

Die wichtigsten Bausteine des Projekts sind erlebnispädagogische Veranstaltungen für die Zielgruppe der UMAs und junge Geflüchtete, Gruppen- und Einzelberatungen für die Zielgruppe, außerdem sozialisationssensible Fortbildungen für Sozialarbeiter und Fortbildungen für Multiplikatoren.

Das Projekt wird gefördert aus Mitteln der Integrationsstrategie des Kreises sowie aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie Leben“.

Auswirkungen der Coronavirus-Krise, hier Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG)

Besonders betroffen von den Einschränkungen der Coronavirus-Krise waren u. a. die Tagespflegepersonen, die Autismus-Zentren und die Teilhabeassistenten. Aus dem Bereich der Tagespflegepersonen lagen 65 SodEG-Anträge vor. Die Anträge wurden im Juli bearbeitet und die Zuschüsse ausgezahlt. Für die Bereiche Lerntherapie, Autismus-Therapie und Teilhabeassistenz lagen 13 Anträge vor. In 9 Verfahren wurden Zuschüsse gewährt. Ein Antrag wird voraussichtlich abgelehnt, ein Antrag wurde zurückgenommen, bei den weiteren Anträgen bestehen Rückfragen.

Seit Juni ist eine weitgehende Normalisierung zu beobachten. In der Tagespflege werden seit 25. Mai 2020 wieder tatsächliche Leistungen angeboten, in den anderen Bereichen begannen die Lockerungen teils schon zum 18. Mai 2020.

Neue Fachdienstleitung II.5 – Jugendhilfe

Zum 1. Oktober 2020 wird die Leitung des Fachdienstes Jugendhilfe gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 17. August 2020 und der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses vom 19. August 2020 wieder besetzt.

PROSOZ OpenWebFM

Im Fachdienst Jugendhilfe bereitet eine Projektgruppe gemeinsam mit der ekom21 die Einführung der neuen Fachsoftware PROSOZ OpenWebFm vor, in der künftig die Kern- und Teilprozesse der Arbeit aller Fachteams, die Einzelfallhilfen steuern, abgebildet werden. Auch die Schnittstellen zur Fachsoftware PROSOZ 14+ des Fachdienstes Jugendförderung werden bearbeitet.

Regelbetrieb in den KiTas

Die Fachberatung der Kindertagesstätten im Fachdienst Jugendhilfe begleitet seit Anfang Juli intensiv die Wiederaufnahme des Regelbetriebes in den KiTas. Aktuell besuchen wieder 5.682 Kinder die KiTas und die Kindertagespflege. Das sind weniger als zur jährlichen Meldung zum 1. März 2020, jedoch muss berücksichtigt werden, dass die gerade eingeschulten Kinder schon abgezogen sind.

Anstieg bei den Fällen häuslicher Gewalt

Die Anzahl der polizeilichen Meldungen häuslicher Gewalt, die im Fachdienst Jugendhilfe eingehen, haben gegenüber dem Vorjahr um 51,5 Prozent zugenommen, vermutlich größtenteils bedingt durch den „Lockdown“ wegen der Corona-Pandemie.

Schulsozialarbeit unter den Bedingungen der Corona-Pandemie

Während der Schließung der Schulen hat die Schulsozialarbeit den Kontakt zu den von ihr betreuten Schülern gehalten und ggf. ihre Integration in die Notbetreuung begleitet. Ebenso unterstützte die Schulsozialarbeit den Wiederbeginn des Unterrichts und organisierte zusätzliche Angebote in den Sommerferien, nachdem viele Ferienspiele ausfallen mussten.

Jugendtaxi

Das Jugendbildungswerk wurde beauftragt, die Stellungnahme zum Thema Jugendtaxi, die dem Kreistag im April 2019 vorgelegt wurde, dahingehend zu prüfen, ob das Verfahren für die Inanspruchnahme der Leistung vereinfacht werden kann. Diese Prüfung ist erfolgt. Die ursprüngliche Stellungnahme wird überarbeitet und in Form eines Kurzkonzeptes als Beschlussvorlage vorbereitet.

Unabhängig von der verwaltungsinternen Seite kamen Jugendliche und kommunale Jugendvertretungen auf das Jugendbildungswerk zu und äußerten den Wunsch, bei diesem Thema beteiligt zu werden. Nach einem entsprechenden Abstimmungsprozess auf der Verwaltungsseite wurde eine Jugendpartizipation befürwortet, eine Jugend-Online-Umfrage konzipiert und mit Unterstützung durch die Kreisentwicklung durchgeführt.

Die Ergebnisse der Jugend-Onlinebefragung zum Thema Jugendtaxi wurden am 19. August 2020 im Jugendhilfeausschuss und am 20. August 2020 im JuBiS vorgestellt. An der Umfrage haben 1.338 Personen teilgenommen. (Die vergleichsweise sehr hohe Teilnahmequote liegt bei ca. 5,4 Prozent).

Die Ergebnisse der Umfrage und das Konzeptpapier werden dem Kreisausschuss am 5. Oktober 2020 vorgelegt.

Erziehungsberatung

Es gibt eine deutliche Zunahme von Beratungsanfragen in den letzten Wochen, wobei eine verstärkte Anfrage von Paaren bezüglich Trennung/Scheidung zu verzeichnen ist. Dabei fällt auf, dass es häufig Elternpaare sind, die sehr junge Kinder (Alter 0 - 6 Jahre) haben und sich wieder trennen wollen.

Gesundheitsverwaltung

Zusätzlich zu den sehr umfangreichen Aufgaben in Zusammenhang mit SARS-CoV-2 hat das Gesundheitsamt wichtige reguläre Aufgaben so weit wie möglich wieder aufgenommen. So finden aktuell trotz schon lange bestehendem Personalausfall in diesem Bereich wieder Einschulungsuntersuchungen statt. Hier werden Kinder, bei denen ein Förderbedarf bereits aufgefallen war, bevorzugt untersucht, um die notwendigen Maßnahmen einleiten zu können.

Zudem werden Belehrungen nach § 43 IfSG für Personen mit Umgang mit Lebensmitteln durchgeführt, eine Aufgabe, die benachbarte Gesundheitsämter zum Teil noch nicht wieder anbieten.

Die Überprüfung nach dem Heilpraktikergesetz, die im Frühjahr abgesagt werden musste, findet im Oktober wieder statt. Das ist besonders für die zahlreichen Studenten der Osteopathie der Hochschule Fresenius in Idstein und des Sutherland Colleges in Schlangenbad wichtig, die ohne Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung nicht selbstständig tätig sein dürfen.

Bericht der Dezernentin für Jugend, Gesundheit und Fairtrade, Monika Merkert, zur Umsetzung des Gesundheitsgutachtens im Rheingau-Taunus-Kreis

Die Zielsetzung des Masterplans Gesundheit – angelehnt an die Erkenntnisse und erste Analysen aus dem Ende 2018 fertiggestellten Versorgungsgutachten der Firma trinovis für den Rheingau-Taunus-Kreis – ist eng verknüpft mit der zentralen Aufgabe der Gesundheitskoordination: Das HMSI fördert dieses Projekt mit einem jährlichen, nicht rückzahlbaren Festbetrag in Höhe von 45.000,00 Euro für gesamt fünf Jahre für eine Vollzeitstelle. In dieser Zeit sollen im gesamten Rheingau-Taunus-Kreis Aktivitäten zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung koordiniert werden. Die soziale und wirtschaftliche Gesundheitsentwicklung im Kreis soll kontinuierlich ausgebaut werden. Diese zentralen Gegenwartsthemen sind insbesondere seit der Schließung der Bad Schwalbacher Helios-Klinik Mitte 2018 noch präsenter in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung.

Einige wichtige Planungen: Regelung des Nachfolgebedarfs bei Hausärzten, Aufbau von Ärzte- bzw. Gesundheitszentren, Fachkräftesicherung und -gewinnung in der Pflege, Ausbau telemedizinischer Vernetzung zwischen Ärzten und Krankenhäusern sowie weiteren Gesundheitsakteuren.

Der Bereich der Prävention ist in den Masterplan eingebunden, um die Bevölkerung zu einem gesünderen und selbstbestimmteren Leben zu befähigen.

Fachbereich III – Ordnungsverwaltung

Anschreiben an die Ausländerinnen und Ausländer zur geänderten Organisation der Ausländerbehörde

Die Ausländerbehörde schreibt nun alle Ausländerinnen und Ausländer im Kreisgebiet an, deren Aufenthaltstitel innerhalb der nächsten drei Monate ablaufen und macht auf die geänderten Verfahrensweisen aufgrund der Corona-Krise zur Antragstellung und terminierten Vorsprache aufmerksam.

Dank an Herrn Kurt Bücher für ehrenamtliches Engagement in der Naturdenkmalpflege „6 Dorflinden“ in Hambach durch Umwelt-Dezernentin Dr. Orth-Krollmann

In Taunusstein-Hambach, an zentraler Stelle, befinden sich sechs alte, ortsbildprägende Linden. Sie wurden durch den Rheingau-Taunus-Kreis per Verordnung im Jahr 1986 als Naturdenkmal ausgewiesen. Für die Überwachung, Unterhaltung und Pflege ist seitdem der Rheingau-Taunus verantwortlich.

Da die vergangenen Jahre durch wenig Niederschlag und zum Teil extreme Hitze gekennzeichnet waren, ist die Untere Naturschutzbehörde Herrn Kurt Bücher sehr dankbar für das gezielte Gießen der Bäume. Weiterhin behält er den Gesamtzustand und mögliche Veränderungen im Blick und informiert bei Bedarf die Untere Naturschutzbehörde.

Allgemeinverfügung zum Entnahmeverbot von Wasser aus Oberflächengewässern

Aufgrund der sehr niedrigen Wasserstände in den Bächen und Gräben des Rheingau-Taunus-Kreises hat die Untere Wasserbehörde mit Datum vom 18. Juli 2020 die Allgemeinverfügung zum Verbot der Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern bekannt

gegeben. Das Jahr 2020 ist das dritte Jahr in Folge, in dem flächendeckend im Kreisgebiet insbesondere die Bäche aufgrund der geringen Niederschläge und zum Teil extremen Hitze deutlich zu wenig Wasser führen bzw. ganz trockenfallen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass sowohl die zulassungsfreien Wasserentnahmen deutlich reduziert werden als auch die mittels wasserrechtlichem Bescheid erlaubten Mengen der Wasserentnahme von den jeweiligen Erlaubnisinhabern genau beachtet werden.

Brandschutz / Katastrophenschutz

Das Konzept bzw. die Alarmierung der gemäß Landeskatastrophenschutzplan im Rheingau-Taunus-Kreis aufzustellenden Katastrophenschutz-Löschzüge wurde überarbeitet und erstmals eine vordefinierte Bereichsfolge bei der Alarmierung eingeführt. Die KatS-Züge werden, wie bisher, auch unterhalb der KatS-Schwelle bei größeren Schadenslagen eingesetzt.

Rettungsdienst: Die Planung der neuen Rettungswache Breithardt wird weiter zusammen mit der Gemeinde Hohenstein betrieben. Der Neubau bzw. die Anmietung von vier weiteren Rettungswachen, darunter die RW Bad Schwalbach, stehen weiterhin an. Die Einsatzzahlen des Rettungsdienstes sind während der Corona-Pandemie um 5 bis 10 Prozent eingebrochen.

Integrierte Leitstelle: Die äußerst angespannte räumliche Situation in der Leitstelle, des Stabes und der zugehörigen, notwendigen Funktionsräume ist hinlänglich bekannt. Durch den anstehenden, schon mehrfach verschobenen Einbau geeigneter Fernmeldetische und einer neuen techn. Ausstattung, die u. a. für den umfänglichen Betrieb des Digital-Funkes notwendig ist, lässt sich der notwendige, sichere Betrieb der Leitstelle in den vorhandenen Räumlichkeiten absehbar nicht mehr gewährleisten.

Der Betrieb der Leitstelle als anerkannte „Kritische Infrastruktur“, den Vorgaben des Landes, den Restriktionen der Corona-Pandemie und vor allem auch dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung entsprechend, kann in den bestehenden Räumlichkeiten zunehmend nur eingeschränkt Rechnung getragen werden.

Auswirkungen der Corona-Krise in der Bauaufsicht

Im Fachdienst Bauaufsicht und Denkmalschutz sind ab 1. Oktober 2020 nach langer Corona-Pause alle Stellen wieder besetzt und der Ersatz für die beiden ausgeschiedenen Mitarbeiter steht bald in Aussicht. Aufgrund des hohen Bauantragsaufkommens und der gerade zu Ende gehenden Urlaubszeit musste der gesetzlich vorgegebene Zeitrahmen für die Bescheide leider häufiger ausgeschöpft werden als in der „Vor-Coronazeit“. Trotzdem ist es gelungen diesen weitestgehend zu genügen.

Die Entwicklung des „elektronischen Bauantrages“ wird weiter betrieben. Erste Teilergebnisse wurden in Testversionen vorgestellt. Die Entwicklung wird über die ekom21 mit der Stadt Frankfurt federführend betrieben. Der RTK gehört zur erweiterten Arbeitsgruppe. Mit ersten Testversionen im Echtbetrieb ist im Laufe des Jahres 2021 zu rechnen.

Umsetzung des 3. Waffenrechtsänderungsgesetz zum 1. September 2020

Aktuell werden die Änderungen im Waffenrecht umgesetzt. Hierbei werden allen Waffenbesitzern die ID-Nummern für das Nationale Waffenregister mitgeteilt und neue wesentliche Waffenteile erfasst. Des Weiteren wurde ein EC-Zahlungsgerät installiert, welches eine wesentliche Verbesserung für die Kunden darstellt.

Fischereiprüfung am 20. Juni 2020

Als eine der ersten Fischereibehörden in Hessen wurde am 20. Juni 2020, unter strengen Hygienemaßnahmen, die Fischereiprüfung für die ausgefallene Prüfung am 19. März 2020 nachgeholt.

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Zulassungsbehörde

Nach der Wiedereröffnung der Kreisverwaltung im Mai 2020 war zwischen der 27. und 30. Kalenderwoche die Vorsprache von Privatkunden ohne vorherige Online-Terminvereinbarung nur an drei Nachmittagen (montags, mittwochs und donnerstags) in der Zulassungsbehörde in Bad Schwalbach möglich. Seit dem 27. Juli 2020 wird in Bad Schwalbach montags und mittwochs Laufkundschaft ohne vorherige Online-Terminvereinbarung bedient; seit dem 24. August 2020 auch montags und donnerstags in Idstein.

Am 24. August 2020 betrug für die Zulassungsbehörde in Bad Schwalbach die Wartezeit auf einen online zu buchenden Termin vier Wochen (hierbei ist jedoch zu beachten, dass in dieser Zeitspanne für acht Arbeitstage keine Termine gebucht werden können, da hier für die Laufkundschaft geöffnet ist). Um den Service für die Terminkunden in Bad Schwalbach zu verbessern, wurde daraufhin durch die Zurückstellung anderer Aufgaben der Zulassungsbehörde das täglich buchbare Terminkontingent zeitlich befristet heraufgesetzt; die Wartezeit auf einen buchbaren Termin senkte sich dadurch auf unter zwei Wochen. Für die Zulassungsbehörde in Rüdesheim am Rhein beträgt die Wartezeit auf einen online zu buchenden Termin zwei Wochen.

Erörterung verkehrlicher Belange mit dem Fachministerium

Dezernent Hans-Joachim Pirschle hat am 7. September 2020 ein Gespräch im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Folgende Punkte werden besprochen:

1. Zusammenarbeit mit dem Landkreis und seinen Kommunen nach der Neuordnung der Aufgaben bei Hessen Mobil
2. B8, OU Waldems-Esch / B 275, OU Eschenhahn / B 260, OU Wambach / B54/K663 Verlegung der Einmündung mit Neubau der Aarbachbrücke
3. Radwegprojekte im Rahmen der Sanierungsoffensive:
Ergänzungsvorschläge vom Rheingau-Taunus-Kreis zur Aufnahme in die aktuelle Liste:
 - L 3277, Wallrabenstein-Wörsdorf Lückenschluss im Bereich EBÜ DB-Strecke Ffm-Limburg und SÜ BAB A3
 - B 42A Geisenheim-Winkel Neubau Radweg (Schulzentrum Geisenheim).
 - B 54 Bad Schwalbach-Taunusstein Alltagsradweg zw. den Mittelzentren.
4. Aufnahme des Straßenabschnittes von Niederseelbach nach Engenhahn im Zuge der L 3273 in die Sanierungsoffensive des Landes.
5. Erörterung des vom Kreistag beschlossenen langfristigen Sanierungsprogramms und dessen Förderungsmöglichkeit.
 - Erörterung von Infrastrukturmaßnahmen aus dem Mobilitätskonzept des Rheingau-Taunus-Kreises.
 - 8-streifiger Ausbau der BAB 3 zwischen AS Limburg-Süd und Wiesbadener Kreuz.
 - Bau eines zusätzlichen Brückenbauwerks über den Rhein zwischen Mainz/Koblenz.
 - Umgestaltung der Knotenpunkte und Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Streckenzug der B42.

- Einrichtung neuer Park+Ride-Anlagen/Mitfahrerparkplätzen im Kreisgebiet (insbesondere in Richtung Landeshauptstadt Wiesbaden), z.B. B 42 Abfahrt Martinsthal, Gelände gehört Bund.
- B 275 Verlegung bei Bad Schwalbach.
- Verkehrsflussoptimierung durch den Ausbau von Kreisverkehrsplätzen.
- Koordinierung, Digitalisierung und Optimierung von Lichtsignalanlagen zur Verbesserung des Verkehrsflusses.

Schulung zur eigenständigen Probenentnahme durch Jagdausübungsberechtigte in Zusammenhang mit der amtlichen Fleischuntersuchung auf Trichinen

Eine entsprechende dritte Schulung findet am 10. September 2020, 16:00 Uhr, in der Cafeteria des Kreishauses statt und wird vom Fachdienst Verbraucherschutz, Veterinärwesen organisiert und durchgeführt.

Pandemiebedingt ist die Teilnehmerzahl in der Cafeteria derzeit auf 88 Personen begrenzt. Abstands- und Hygienemaßnahmen nach der Hessischen Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung sind zu beachten. Bisher liegen die Rückmeldungen von 45 interessierten Jagdausübungsberechtigten vor.

Bad Schwalbach, 31. August 2020

Frank Kilian
Landrat

Anlage I

Bericht über die Arbeit des Krisenstabes zur Bekämpfung des Corona-Virus' im Rheingau-Taunus-Kreis

Aufgrund der Corona-Pandemie war es erforderlich, verschiedene Kompetenzen im Kreis- haus zu bündeln und in einem Krisenstab zusammenzufassen. Dies insbesondere, um den Herausforderungen zielgerichtet, fachlich kompetent und vor allem auch aktuell und kurzfris- tig begegnen zu können. Die erste Sitzung fand am 28. Februar 2020 statt.

Mitglieder des Krisenstabes und Fachberater für den jeweiligen Bereich:

- Herr Landrat Kilian
- Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. Koch
- Frau Kreisbeigeordnete Merkert
- Frau Schmidt als Fachbereichsleiterin Leistungsverwaltung und Leitung des Krisen- stabes
- Herr Schardt als Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung
- Herr Krebs als Fachbereichsleiter Ordnungsverwaltung
- Herr Bachmann als Leiter des Stabsbereichs und Persönlicher Referent des Landrats
- Frau Dr. Wilhelm als Leiterin des Gesundheitsamtes
- Herr Dreier als Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Oswald als stellvertretender Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Dr. Zehler als Pressesprecher der Verwaltung
- Frau Kirsch als Vertreterin der Pressestelle für Social Media und Homepage
- Frau Witzel und Frau Grund-Thorn als Vertreterinnen des Bürgertelefons
- Frau Kopp bzw. Herr Kunz als Vertreter des Personalrats

Der Krisenstab tagte bis zum Beginn der Sommerferien werktäglich im Sitzungszimmer des Kreisausschusses. Seit dem Beginn der Sommerferien ist der Krisenstab in den Tagungs- rhythmus Montag-Mittwoch-Freitag gewechselt. Ergänzt werden diese Tagungen ggf. durch Telefonkonferenzen am Wochenende und an den Feiertagen.

Der Krisenstab wird einmal wöchentlich durch die Kompetenzen externer Fachberater erwei- tert. Zusätzlich nehmen an diesem Verwaltungsstab teil:

- Herr Bürgermeister Zapp als Vertreter der Bürgermeister im Landkreis
- Herr Kriminalhauptkommissar Heßberg als Vertreter der Polizeidirektion
- Herr Göttert als Vertreter des THW

Die Vertreter der Bundeswehr nehmen seit dem Beginn der Sommerferien nicht mehr an den Sitzungen des Verwaltungsstabes teil, sondern erstatten schriftlich Bericht.

Der Verwaltungsstab wird von Herrn Landrat Kilian geleitet. Im Verwaltungsstab werden re- gelhaft und strukturiert die Sachstände sämtlicher Fachberater abgefragt und bewertet.

Seit der Einrichtung hat der Krisenstab 87 und der Verwaltungsstab 26 Sitzungen absolviert. In den letzten Wochen wurden folgende Schwerpunktthemen im Krisen- und Verwaltungs- stab bearbeitet:

1. Information und Beratung der Bürger*innen

Bereits Ende Februar 2020 wurde das Bürgertelefon eingerichtet. Dies war erforderlich, um die Fragen der Bürger fachlich kompetent und zeitnah beantworten zu können. Insgesamt haben bis heute ca. 70 Bedienstete am Bürgertelefon mitgewirkt. Das Bürgertelefon ist derzeit montags von 8:00 bis 18:00 Uhr und von dienstags bis freitags von 8:00 bis 16:00 Uhr besetzt. Bis einschließlich 24. August 2020 wurden 3.966 Anrufe angenommen. Die Bürger wenden sich sowohl mit ihren Sorgen als auch mit inhaltlichen Fragen zur Pandemie an das Bürgertelefon.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Im Krisenstab wird auch die Pressearbeit zum Thema Corona koordiniert und die Bevölkerung über die aktuellen Geschehnisse informiert. Dabei besteht der Anspruch, zeitnah und transparent zu informieren, um Gerüchten und Spekulationen vorzubeugen.

Die Infektionszahlen werden einmal wöchentlich in einer Liste nach Städten und Gemeinden aufgeteilt auf der Homepage und auf Facebook veröffentlicht, die 7-Tages-Inzidenz veröffentlicht die Pressestelle montags bis freitags. Auf der Homepage wurde zudem ein gesamter Bereich zum Thema Corona angelegt, in dem die Bürger viele nützliche Informationen finden. In den Social Media wird ebenfalls transparent über die aktuellen Ereignisse zum Thema Corona berichtet. Aus dem daraus entstehenden Dialog mit den Bürgern konnte eine direkte Schnittstelle zum Krisenstab aufgebaut werden.

3. Absonderung von erkrankten Personen und Ermittlung von Kontaktpersonen

Im Krisenstab wird das Infektionsgeschehen im Rheingau-Taunus-Kreis intensiv beobachtet. Der Bericht des Gesundheitsamtes eröffnet jede Sitzung und beschreibt das aktuelle Infektionsgeschehen, die getroffenen Quarantänemaßnahmen und die Nachverfolgung der Kontaktpersonen.

In den KW 31/32 war der Rheingau-Taunus-Kreis, aufgrund eines Infektionsgeschehens in einer Altenhilfeeinrichtung und aufgrund von Reiserückkehrern aus Risikogebieten, in der Eskalationsstufe 2. Diese Situation konnten der Krisenstab und das Gesundheitsamt aufgrund der getroffenen Vorkehrungen gut bearbeiten. Die Fallzahlen sind mittlerweile wieder zurückgegangen. Aktuell haben wir vorwiegend Fälle aufgrund von Reiserückkehrern sowie deren Kontaktpersonen, sind aber auch in geringerem Umfang betroffen von Fällen, die in Zusammenhang mit größeren Familienfeiern in den benachbarten Kreisen bzw. der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen.

Die reguläre Arbeit des Gesundheitsamtes hat in vielen Bereichen zurückstehen müssen. Der Fachdienst wird von Mitarbeitern aus verschiedenen Fachbereichen und Fachdiensten der Kreisverwaltung sowie weiterem externen Personal unterstützt, wie z.B. den „Containment-Scouts“ des Robert-Koch-Institutes.

4. Umsetzung der Verordnungen des Bundes und der Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit in den Stäben ist die inhaltliche Umsetzung der Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus, welche der Bund und das Land Hessen auf Basis des Bundesinfektionsschutzgesetzes als Rechtsverordnung erlassen hat. Zum Zeitpunkt dieses Berichts hat das Land Hessen die Regelungsmaterie in vier, ehemals sechs,

Verordnungen gebündelt, die alle bis zum 31. Oktober 2020 gültig sind. Außerdem gibt das Hessische Ministerium für Soziales und Integration zu jeder Neufassung der Verordnungen umfangreiche Auslegungshinweise heraus.

Die schrittweisen Lockerungen führten zu vielen Anfragen von Bürgern, Gewerbetreibenden, Institutionen und Vereinen, was erlaubt sei und was nicht. Um diese Anfragen zu beantworten, waren seitens des Krisenstabes umfangreiche Interpretationsarbeiten der Verordnungen zu leisten.

Bund und Länder verfolgen zwischenzeitlich die Strategie, lokale Ausbruchsgeschehen lokal zu bekämpfen. Einige Landkreise im Rhein-Main-Gebiet sowie die unmittelbar angrenzende Landeshauptstadt Wiesbaden haben aufgrund steigender Fallzahlen auf das Kreisgebiet beschränkte Allgemeinverfügungen erlassen. Der Krisenstab bereitet sich daher ebenfalls vor, Allgemeinverfügungen kurzfristig zu erlassen.

5. Sicherstellung des Transportes mit dem Rettungsdienst in geeignete Kliniken und Sicherstellung von Betten- und Beatmungskapazitäten in den Kliniken

Der Rettungsdienst berichtet in jeder Sitzung des Krisenstabes über seine Einsätze mit dem Index Corona und über die verfügbaren Behandlungskapazitäten. Bisher ist es zu keiner nennenswerten Einschränkung der Betriebsfähigkeit des Rettungsdienstes gekommen.

Der Landkreis Limburg-Weilburg, die Stadt Wiesbaden und der Rheingau-Taunus-Kreis arbeiten in der AG Kliniken als Versorgungsgebiet 5 zusammen. Seitens des Landes Hessen ist inzwischen ein vorwarnendes Ampelsystem etabliert worden, das bei verschiedenen Eskalationsstufen hinsichtlich der 7-Tage-Inzidenz bei 20, 35 und 50 Neufällen pro 100.000 Einwohnern beschränkende Maßnahmen und eine Ausweitung der Bettenkapazitäten vorsieht.

6. Unterstützung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte im Rheingau-Taunus-Kreis

Die Vergütung, die niedergelassene Ärztinnen und Ärzte über die Kassenärztliche Vereinigung aus dem Gesundheitsfonds für die Abstrichleistungen auf SARS-CoV-2 bei asymptomatischen Reiserückkehrern und z. B. Lehrkräften erhalten, hat sich als nicht auskömmlich erwiesen. Die Folge ist, dass die Bereitschaft, Abstriche vorzunehmen, sinkt. Der Krisenstab hat daher beschlossen, diese Vergütung für Testungen im Auftrag des Öffentlichen Gesundheitsdienstes anzuheben, um die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zu sichern, zumal es im Rheingau-Taunus-Kreis kein KV-Testzentrum gibt.

Aufgrund der gestiegenen Testmöglichkeiten für zahlreiche Berufsgruppen muss aus Sicht des Krisenstabes die Testkapazität erweitert werden. Diesbezüglich wurde Kontakt zum Land Hessen und der KVH aufgenommen. Mit verschiedenen medizinischen Dienstleistern wird derzeit über den Aufbau weiterer Testkapazitäten im Rheingau-Taunus-Kreis verhandelt.

7. Beschaffung und Verteilung von Schutzausrüstung und Materialien

Hatte zum Beginn der Pandemie der Rheingau-Taunus-Kreis eigene Anstrengungen unternommen, persönliche Schutzausrüstung zu akquirieren, so sind die Lieferungen des Landes Hessen mittlerweile auskömmlich. Deshalb ist der Katastrophenschutz mit Unterstützung einiger Freiwilliger Feuerwehren inzwischen vorwiegend mit der Zwischenlagerung und an-

schließenden Verteilung der Materialien beschäftigt. Seitens des Landes werden umfangreiche Verteilschlüssel vorgegeben.

Nicht nur die Verteilung persönlicher Schutzausrüstung, sondern auch die Verteilung der durch das Land beschafften Tablets an die Altenheime wurde vom Katastrophenschutz durchgeführt.

8. Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen in Schulen

Die Rückkehr zum Regelbetrieb an den Schulen nach den Sommerferien wurde vom Krisenstab intensiv begleitet. Viele Fragen zu den Hygieneplänen, zur täglichen Reinigung, zur Schülerbeförderung und zur Nutzung von Schulgebäuden und Schulsporthallen durch Vereine mussten besprochen und entschieden werden.

Seitens des Krisenstabes wurde über die kommunalen Spitzenverbände häufig mit den Landesministerien darüber verhandelt, dass die Möglichkeit der freiwilligen Testungen nicht auf Lehrkräfte beschränkt bleibt. Mittlerweile besteht die Möglichkeit der freiwilligen Testungen für das an Schulen eingesetzte Personal, unabhängig ob es Bedienstete des Landes, des Kreises oder eines freien Trägers sind.

9. Schutzschirm für soziale Einrichtungen

Das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz wird umgesetzt. Da sich mittlerweile aber alle sozialen Einrichtungen im vollen oder eingeschränkten Regelbetrieb befinden, stehen nun die Nacharbeiten für die Zeit des „Lockdowns“ an.

10. Personelle Situation des Gesundheitsamtes

Seitens des Krisenstabes wurde die personelle Verstärkung des Gesundheitsamtes organisiert. Einerseits erfolgte dies durch einige Neueinstellungen oder die Anforderung von „Containment-Scouts“ des Robert-Koch-Institutes. Andererseits konnten 48 Mitarbeitende der Kreisverwaltung gewonnen werden, die nun nach und nach geschult werden, um im Bedarfsfall bei steigenden Infektionszahlen das Gesundheitsamt in der Kontaktnachverfolgung zu unterstützen. Weitere Maßnahmen zur personellen Aufstockung des Gesundheitsamtes werden derzeit geprüft.

11. Beratung und Begleitung von Trägern der Kindertageseinrichtungen im Rheingau-Taunus-Kreis

Seit dem Beginn der Sommerferien befinden sich die Kindertagesstätten und die Kindertagespflege im Normalbetrieb. Die Vorbereitungen hierzu hinsichtlich der Hygienekonzepte und der Auslegungen der entsprechenden Verordnungen wurden vom Krisenstab unterstützt.

12. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche

Auf Initiative des Krisenstabes haben sich Jugendbildungswerk, kommunale Jugendpflegen und freie Träger zusammengetan, um mit kurzfristig gestalteten Angeboten den Ausfall vieler Ferienfreizeiten und Ferienspiele zu kompensieren. Neben vielen Einzelaktivitäten konnten acht Ferienspiel-Maßnahmen, wenn auch in kleinerem Rahmen, durchgeführt werden.

Anlage II

Hessisches Ministerium
der Finanzen
Der Minister

HESSEN



1.4
R
Karte von Landrat
et

Hessisches Ministerium der Finanzen Postfach 3160 65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: FV5010 A-010-IV4/10-IV4;
Dokument-Nr.

Kreisausschuss des Landkreises
Herrn Landrat
Frank Kilian
Heimbacher Str. 7

Bearbeiterin Daniel Hennig
Durchwahl +49 (611) 32132536
Fax +49 (611) 327132538
E-Mail Daniel.Hennig@hmdf.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

65307 Bad Schwalbach

Datum 21. August 2020

Beendigung des Kommunalen Schutzschirms Hessen

Änderung des Schutzschirmgesetzes vom 30. Juni 2020 (GVBl. 462)

Sehr geehrter Herr Landrat Kilian,

bereits mit meinem Schreiben vom 12. Juni 2020 an alle Kommunen in Hessen habe ich mitgeteilt, dass mit Inkrafttreten des Corona-Kommunalpaket-Gesetzes die im Rahmen des Entschuldungsprogramms Kommunalen Schutzschirm Hessen geschlossenen Konsolidierungsverträge mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 als erfüllt gelten werden. Die gesetzliche Regelung ist zwischenzeitlich in Kraft getreten, sodass ich dies zum Anlass nehmen möchte, Ihnen als Verantwortlicher in einer nunmehr „ehemaligen“ Schutzschirmkommune kurz darzulegen, welche Veränderungen damit einhergehen.

Mit der Fiktion der Vertragserfüllung wird sichergestellt, dass die vom Land bewilligten Entschuldungshilfen rechts- und rückzahlungssicher bei den Schutzschirmkommunen verbleiben. Dies freut mich sehr, da jede einzelne Schutzschirmkommune in den vergangenen acht Jahren seit Beginn der Schutzschirmverhandlungen schwierige und zum Teil in der Bevölkerung unbeliebte Entscheidungen zu treffen hatte, um sich auf den Weg der Haushaltskonsolidierung zu begeben.

Der eingeschlagene Weg war mit Sicherheit nicht immer leicht, aber er war aus meiner Sicht ohne ernsthafte Alternative. Ich meine, dass es sich trotz aller Entbehrungen gelohnt und das Schutzschirmprogramm vielerorts zu einem Mentalitätswechsel hin zu einer nachhaltigeren Finanzpolitik beigetragen hat. Ihnen und den vielen Engagierten vor Ort, besonders den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern, gebührt daher mein Respekt, meine Anerkennung und mein Dank, diesen Weg mitgegangen zu sein!

Mit der Beendigung des Kommunalen Schutzschirms entfallen für die „ehemaligen“ Programmteilnehmer auch die turnusmäßigen Berichtspflichten. Damit erhält Ihr Verwaltungs-



personal weitere zeitliche Kapazitäten, um sich auf die drängenden Aufgaben in der aktuellen Zeit konzentrieren zu können.

Nun gilt es, in Zeiten der Corona-Pandemie die Handlungsfähigkeit der hessischen Gemeinden, Städte und Landkreise für die Zukunft zu sichern. Seien Sie gewiss, dass das Land Hessen als Partner der Kommunen in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden alles Nötige tun wird, um diese Herausforderung gemeinsam zu meistern.

Ich möchte Sie zugleich ermutigen, trotz bzw. gerade wegen der aktuellen Herausforderungen in Ihren Bemühungen um eine nachhaltige Finanzierung des örtlichen Gemeinwesens nicht nachzulassen. Die vergangenen acht Jahre haben bewiesen, dass es möglich ist, aus einer Krise heraus – ich spreche hier von der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2011 – die kommunalen Haushalte nahezu flächendeckend wieder auszugleichen. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies auf allen staatlichen Ebenen gemeinsam auch bei den finanziellen Verwerfungen, welche Corona mit sich bringt, gelingen wird.

Dieses Schreiben ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Ich bitte es nach § 29 Abs. 3 HKO dem Kreistag zur Kenntnis zu geben und allen Beteiligten meinen Dank auszusprechen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Boddenberg

Anlage III

Hessisches Ministerium
der Finanzen
Der Minister



Hessisches Ministerium der Finanzen | Postfach 11163 | 60111 Frankfurt am Main

Rheingau-Taunus-Kreis
Stabstelle Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung
Leitung Wirtschaftsförderung
Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach

Geschäftszeichen: FV5070 A 176 IV 32
Dokument-Nr.: 2020-176749
Bearbeiterin: Laura Bode
Durchwahl: +49 (611) 32 2352
Fax: +49 (611) 32 710 230
E-Mail: Laura.Bode@hmi.hessen.nf
Ihre Zeichen:
Ihre Nachrichten: vom 04. Juni 2020 und 17. Juni 2020
Datum: 18. Juni 2020

Laura Bode
Laura Bode

Betr.: Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zur Aufrechterhaltung von Verkehrsleistungen im Fahrverkehr im Rahmen der Corona-Virus-Pandemie

Bezug: Anträge vom 04. Juni 2020 und 17. Juni 2020

Zur Aufrechterhaltung von Verkehrsleistungen im Fahrverkehr im Rahmen der Corona-Virus-Pandemie bewillige ich dem Rheingau-Taunus-Kreis im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport eine Zuweisung aus dem Corona-Landesausgleichsstock (Kap. 17 24 - 613) in Höhe von insgesamt

57.681,25 EURO. ✓

Die Zuweisung wird auf das Konto mit der IBAN DE65 5105 0015 0393 0000 31 überwiesen

Dieser Bescheid ist vollständig dem Kreistag bekannt zu geben (§ 29 Abs. 3 HKO).

Begründung:

Mit Anträgen vom 04. Juni 2020 und 17. Juni 2020 hat der Rheingau-Taunus-Kreis die Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum teilweisen Ausgleich der durch die Corona-Virus-Pandemie im Bereich der Fahrbetriebe „Rheinfähre Maul GmbH“, „Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schifffahrtsgesellschaft eG“ und „Fährbetrieb Schnaas GmbH“ entstandenen Liquiditätsengpässe für die Monate April und Mai 2020 beantragt.



Die Zuweisung wird in Höhe von 25 Euro je tatsächlich geleisteter Fahrbetriebsstunde für die Monate April und Mai 2020 gewährt, um die Aufrechterhaltung des Fahrbetriebes während der Corona-Virus-Pandemie sicherzustellen. Die Zuwendung erfolgt damit in gleicher Höhe, wie sie auch vom Land Rheinland-Pfalz vorgenommen wird.

Die „Rheinfahre Maul GmbH“ hat im Monat April 2020 280 Betriebsstunden und im Mai 2020 393 Betriebsstunden geleistet, sodass sich insgesamt 673 zuweisungsfähige Betriebsstunden ergeben.

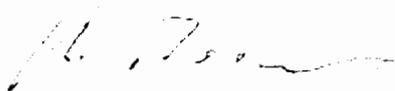
Die „Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schifffahrtsgesellschaft eG“ hat im Monat April 2020 525 Betriebsstunden und im Monat Mai 2020 620,5 Betriebsstunden geleistet, sodass sich insgesamt 1.145,5 zuweisungsfähige Betriebsstunden ergeben.

Die „Fährbetrieb Schnaas GmbH“ hat im Monat April 2020 163,5 Betriebsstunden und im Monat Mai 2020 325,25 Betriebsstunden geleistet, sodass sich insgesamt 488,75 zuweisungsfähige Betriebsstunden ergeben.

Der zuweisungsfähige Betrag wird wie folgt festgesetzt:

„Rheinfahre Maul GmbH“	16.825,00 Euro
„Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schifffahrtsgesellschaft eG“	28.637,50 Euro
„Fährbetrieb Schnaas GmbH“	12.218,75 Euro
Summe	57.681,25 Euro

Der bewilligte Betrag wird Innen ausgezahlt, sobald der Bewilligungsbescheid bestandskräftig geworden ist.



Michael Boddenberg

Staatsminister

Anlage: Empfangsbestätigung, Rechtsbehelfsbelehrung und Rechtsbehelfsverzicht